

Nach der Bundestagswahl: **PRO BAHN fordert wettbewerbsneutrales Schienennetz**

➤ Die Neuwahl des Bundestags und die sich abzeichnende schwarz-gelbe Regierungskoalition haben die Interessenverbände veranlasst, ihre Forderungen bei den Regierungsparteien schon vor Beginn der Koalitionsverhandlungen anzumelden. Auch PRO BAHN hat sich zu Wort gemeldet und ein wettbewerbsneutrales Schienennetz und Investitionen gegen den Stau im Schienen-Güterverkehr angemahnt, denn Fahrgäste und Unternehmen werden von neutraler Infrastruktur profitieren.

PRO BAHN erwartet von den Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP ein klares Votum für ein wettbewerbsneutrales staatliches Schienennetz, das allen Bürgern und Unternehmen im Standort Deutschland dient. „Das Schienennetz muss unabhängig werden von den Entscheidungen einzelner Verkehrsunternehmen und Gewinne aus dem Schienennetz dürfen ausschließlich zur Verbesserung des Netzes verwendet werden“, fordert der PRO BAHN-Bundesvorsitzende Karl-Peter Naumann. „In der heutigen Rechtsform des Schienennetzes gibt es keine ausreichende Sicherung gegen die Zweckentfremdung staatlicher Gelder für die Infrastruktur und das Abfließen von Gewinnen aus dem Schienennetz.“

Weiter fordert PRO BAHN mehr und schnelle Investitionen für den Aus- und Neubau von Güterverkehrsstrecken. „Zurzeit besteht die Gefahr, dass ICE- und Regionalzüge im Stau der Güterzüge stecken

bleiben“, so Naumann. Insbesondere die Absicht der Europäischen Union, auf bestimmten Korridoren dem Güterverkehr Vorrang einzuräumen, gibt Anlass, die Investitionen in das Schienennetz neu auszurichten. Die Deutsche Bahn hat im Februar ein wegweisendes Investitionsprogramm unter dem Titel „Wachstumsprogramm“ vorgelegt, das eine Umsteuerung von Investitionen aus Prestigeprojekten in wirtschaftlich hochrentable Ausbauten empfiehlt. Diese Initiative muss gefördert werden (s. **derFahrgast** 3/2009, S. 21 f.). PRO BAHN fordert auch mehr Wettbewerb für das regionale Schienennetz.

„Regionale Schienennetzbetreiber können deutlich kostengünstiger bauen und unterhalten. Kosteneinsparungen bis zu 50 Prozent sind möglich, wie der bisherige Geschäftsführer der Karlsruher Schieneninfrastruktur-Gesellschaft Dieter Ludwig berichtet.“ Das regionale Unternehmen betreibt rund um Karlsruhe erfolgreich ein ca. 400 Kilometer umfassendes Stadtbahnnetz, das „Karlsruher Modell“, und hat Erfahrung sowohl mit der Sanierung von Strecken in eigener Regie – wie im Murgtal – als auch mit dem Ausbau von DB-Strecken – wie zwischen Heilbronn und Öhringen. Daher kann Ludwig besonders gut Vergleiche ziehen.

„Auch die Bahnhöfe müssen in staatlicher Verantwortung und wettbewerbsneutral sein“, fordert Naumann. „Als Fahrgast erwarte ich, dass ich dort Fahrkarten für alle Züge kaufen kann, unabhängig von deren Farbe. Heute muss der Fahrgast bei kleinen Unternehmen Fahrkarten im Zug kaufen

und am Nachbargleis holt ein großes Unternehmen die Bundespolizei, wenn ich ohne Fahrkarte einsteige. Ein Vertriebsmonopol eines Unternehmens in Bahnhöfen ist ein unhaltbarer Zustand.“

Das Desaster bei der S-Bahn Berlin zeigt deutlich die Fehlentwicklung der bisherigen Bundespolitik. „Die künftige Regierung muss entweder ihr Eigentumsrecht wieder ernsthaft ausüben oder die Unternehmen in andere Hände übergeben“, fordert Naumann. PRO BAHN redet damit nicht dem „Börsengang ohne Netz“ das Wort, wie er zuletzt von der rot-schwarzen Bundesregierung gewollt war und wegen der Finanzkrise aufgegeben wurde. „Wichtig ist, dass die neue Regierung die Weichen so stellt, dass unternehmerische Abenteuer mit Staatsgarantie nicht mehr möglich sind.“ Das S-Bahn-Desaster muss jetzt der Steuerzahler ausbaden, weil die S-Bahn im Eigentum des Bundes steht.

In der Koalitionsrunde werden in der Arbeitsgruppe für Bauen, Wohnen und Verkehr auch erfahrene Verkehrspolitiker vertreten sein:

- für die CSU Hans-Peter Friedrich, Joachim Herrmann, Alois Karl, Andreas Scheuer,
 - für die CDU Dirk Fischer, Enak Ferlemann, Peter Götz, Jürgen Seidel,
 - für die FDP Christian Ahrendt, Patrick Döring, Joachim Günther, Dieter Posch.
- Mit wie viel Gewicht sie diese Erfahrung einbringen können, wird sich erst in der praktischen Umsetzung des Koalitionsprogramms und im Widerstreit mit anderen Interessen zeigen.

Anzeige

PRO BAHN e. V.,
Friedrichstraße 95,
10117 Berlin

Tel.: 0 30/20 18 17 42
Fax: 0 30/20 17 99 67

Internet:
www.pro-bahn.de

E-Mail:
info@pro-bahn.de

Steigen Sie ein - für mehr Bus und Bahn!

Bitte einsenden an: PRO BAHN e. V., Friedrichstraße 95, 10117 Berlin

Bitte senden Sie mir weitere Informationen über PRO BAHN.

Ich möchte Mitglied bei PRO BAHN werden (42 € jährlich).

4/09

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Datum, Unterschrift _____

Steigen Sie ein bei Pro Bahn!

mitfahren! mitdenken! mitmachen!

